

Deutschland und der Erste Weltkrieg [Peter Graf Kielmansegg]

Autor(en): **Seier, Hellmut**

Objektyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Geschichte = Revue suisse d'histoire = Rivista storica svizzera**

Band (Jahr): **19 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

zungen nicht zuletzt in jenem Interessenkonflikt zwischen britischen und nordamerikanischen Investoren, wie er, vornehmlich im Erdölsektor, die letzten Jahre des «Porfiriates» charakterisierte. Mit dem Ausbruch der Revolution und dem Sturz von Díaz spitzte sich der Interessengegensatz auch diplomatisch zu, wobei der umstrittene amerikanische Botschafter in Mexiko, Henry Lane Wilson, eine Schlüsselstellung einnahm.

Die unterschiedliche politische Haltung der Briten, bzw. Amerikaner zu Díaz und den Insurgenten unter Madero, vor allem aber der «Konflikt» zwischen britischer Anerkennung und amerikanischer Nichtanerkennung der Regierung des «Usurpators» Huerta, also auch zwischen Präsident Wilsons, wie der Verfasser schreibt, «desire for a moral world» und der «non-moral British policy», wird von Calvert vornehmlich aufgrund der Korrespondenz zwischen den diplomatischen Vertretern in Mexiko und ihren Außenministern in London und Washington dargestellt. Calvert hat vor allem (teilweise noch nicht benützte) britische Quellen sehr gründlich ausgewertet, hauptsächlich die «Foreign Office Papers» sowie die «Papers» der führenden britischen und amerikanischen Politiker wie Grey, Bryce, Taft, Wilson, Knox, Bryan. Mexikanische Quellen und Archivalien sind dagegen, dem Gegenstand der Arbeit entsprechend, weniger berücksichtigt worden.

Für den hauptsächlich an lateinamerikanischer Geschichte interessierten Historiker ist das vorliegende Werk zwar insofern von Bedeutung, als es, am Beispiel Mexikos, klar die englisch-amerikanische Rivalität in Lateinamerika vor dem Ersten Weltkrieg aufzeigt; aber als überaus detaillierte, quellenmäßig gut fundierte Schilderung der diplomatischen Konsequenzen dieser Grundsituation dürfte sie vielleicht noch mehr den an britischer und amerikanischer Außenpolitik interessierten Historiker ansprechen.

Dübendorf

Hans Werner Tobler

PETER GRAF KIELMANSEGG, *Deutschland und der Erste Weltkrieg*. Frankfurt am Main, Athenaion, 1968. XI/747 S., 11 Karten. (Athenaion-Bibliothek der Geschichte.)

Nach einem Jahrzehnt der Kontroversen mehren sich die Ansätze, das Bild des ersten Weltkriegs neu zu zeichnen. Trotz deutlicher Grenzen hat das vorliegende Buch eines jungen Hubatsch-Schülers in diesem Rahmen Profil und beachtliches Gewicht. Der Verfasser ist mit Beiträgen zur Weltkriegsforschung nicht besonders hervorgetreten und bietet keine neuen Fakten; aber er beherrscht den Stoff, kennt die Literatur und die (gedruckten) Quellen, unterrichtet exakt und mit sympathischer Sachlichkeit. Nachteiliger sind zwei Beschränkungen, die er sich, teils unfreiwillig, auferlegt. Er hatte einen Handbuchbeitrag schreiben sollen, und die Darstellung behielt, als sie den Rahmen sprengte, die Form und die strenge Auffassung des Themas bei. Sie blickt, meist chronologisch gliedernd, fast nur auf Deutschland und den Krieg, beginnt genau mit Sarajewo und endet mit Compiègne, versagt sich

Vorgeschichte und Nachhall, selbst den Friedensschluß, und verzichtet, von vier Seiten Einleitung abgesehen, weitgehend auf die Einordnung in den epochalen und internationalen Zusammenhang. Sie verzichtet auch auf Belege, und statt der Abgrenzung gegen Schulen und Standpunkte findet sich eine Bibliographie, deren Trefflichkeit mehr Wünsche weckt als stillt. Gemessen an Vergleichbarem, das gleichzeitig entstand, an Herzfelds souveräner Übersicht oder an dem ostdeutschen Sammelwerk, sind das Lücken. Glückt es dem Verfasser, sie in Vergessenheit zu bringen, so dankt er dies seiner Methode, die sich in stetem Wechsel von Bericht und Analyse um die Entkrampfung des Kriegszielstreits bemüht. Kielmansegg sucht die Verbindung von kritischer Distanz und historistischem Verstehen und ertastet sich so eine Position der Mitte, die eher Ritter als Fischer verpflichtet ist und gleichwohl zeigt, wie stark Fischers Anstöße und die seiner Schüler wirken.

Die deutsche Politik nach Sarajewo stellt sich als eine politisch-militärische Offensive mit fehlkalkuliertem Kriegsrisiko dar, die den großen europäischen Konflikt zur Abwehr überschätzter Zukunftsgefahren auf sich nahm, ihn aber weder zielbewußt zu entfesseln noch expansiv zu provozieren strebte. Bis zu einer ähnlichen Linie, die Aggressives, Präventives und Defensives verflucht, hat sich bei vielerlei Differenz im Detail inzwischen ein großer Teil der westdeutschen Forschung (vgl. Herzfeld, Erdmann, Zechlin) dem – sehr viel härteren – Standpunkt Fischers genähert. Wie sie bezweifelt Kielmansegg die von Fischer betonte, überdies die Vorkriegszeit einbeziehende Zielkontinuität, rückt jedoch nicht (wie Steglich) das Sicherheits- und Selbstbehauptungsmotiv in den Mittelpunkt, sondern unterstellt der deutschen Kriegsdiplomatie eine «Hypertrophie des Konfliktdenkens und daraus folgend des Sicherheitsstrebens» (S. 433), die im Anspruch auf die Kontinentalhegemonie gipfelte. Nicht im Sinne eines unflexiblen, die Reichsleitung bindenden Programms: Bethmann Hollweg verbleibt in gebührendem Abstand von der dritten OHL, seine Aufwertung setzt sich fort, zumal viele seiner Schwächen als die des Systems, viele seiner Mißerfolge als Ausdruck mangelnder Alternativen erscheinen. Denn die Chancen eines Verhandlungsfriedens beurteilt der Verfasser skeptisch, bemüht, die Gründe von der Totalisierung des Krieges her zu belichten, die beide Seiten ergriff, beide zur Verneinung des Kompromisses trieb und doch auf der deutschen die ungleich schwächere Befähigung vorfand, Großmachtinteressen und Friedensstrategie den Formeln Wilsons anzupassen. Damit wendet sich die Darstellung zur Rolle Ludendorffs, des Kaisers, des militärisch-politischen Dualismus, zur Kritik an konservativen Führungsschichten und konstitutionellem System. Ob das Kaiserreich reformierbar war, bleibt offen (S. 3). Die Darstellung ist jedoch darauf angelegt, es anzunehmen; die verständnisvolle Würdigung des mehrheitssozialistischen Kurses, die Deutung des Krieges als Kontinuitätsbrücke, mehr denn als Einschnitt, entbehrte sonst des Fundaments. Zwischen der Reform vom Oktober 1918 und der Verfassung von Weimar war, so heißt es im Schlußkapitel, «logisch kein Raum für eine Revolution» (S. 680).

Die Betonung der Kontinuität hat viel für sich. Sie setzt aber den Nachweis voraus, daß die Republik nicht improvisiert, die Verfassungswirklichkeit längst im Wandel und der Trend auf die parlamentarische Demokratie gerichtet war. Das klingt an, bleibt jedoch blaß. Der Verfall des Konstitutionalismus ist stärker akzentuiert als die Stufenfolge seiner Transformation. Die Bedeutung der Innenpolitik für den Kriegsverlauf wird im wesentlichen auf die Wirkungen der politisch-gesellschaftlichen Strukturschwächen konzentriert, während der direkte Einfluß konkreter Faktoren – die Interessenfächerung der Wirtschaft, der Bedeutungszuwachs der Parteien, das revolutionäre Potential, der systemverändernde Funktionswandel administrativer und parlamentarischer Institutionen – vergleichsweise im Schatten steht. Auch der hochambivalente Effekt, den antidemokratisch konzipierter, aber parlamentarisch instrumentierter Druck, den selbst die quasiplebiscitäre Popularität der dritten OHL, den schließlich die (jetzt von W.J. Mommsen unterstrichene) Macht der öffentlichen Meinung im Durchbruch zu Demokratie und Republik bewirken konnten, ist präziserer Prüfung wert. Dazu wären systematische Kapitel verfassungs-, sozial- und ideengeschichtlichen Inhalts erwünscht gewesen. Vor allem hätte es des Rückgriffs auf die Vorkriegszeit bedurft. Nur wenn sie ausfällt, muß die Stresemann-Mischung von Imperialismus und Reformismus modellwidrig oder wie Taktik wirken, muß die Energie «erstaunlich» (S. 458) sein, mit der die Nationalliberalen von 1917 zur Parlamentarisierung drängten. Indes nicht nur die Vorkriegszeit, die Innenpolitik überhaupt tritt untunlich zurück. Vier Fünftel des Textes gelten der außenpolitischen und militärischen Entwicklung. Das Register nennt mehr Generale als Parlamentarier, Industrielle, Publizisten und Professoren zusammen. In den Abschnitten zur Innenpolitik unterlaufen auch Unschärfen. Es gab keinen «Nationalausschuß für einen deutschen (!) Frieden» (S. 410) und keinen «Bund deutscher (!) Industrieller» (S. 184, 257). Was ist gemeint mit den «unheilvollen Konsequenzen der Zerstörung der Monarchie» (S. 681)? – Den Wert des Buches schmälert das kaum. Kielmansegg vermittelt zwischen Richtungen, zwischen Generationen. Er schreibt Vermittlungshistoriographie, im guten Sinne.

Frankfurt am Main

Hellmut Seier

Prinz Max von Baden. Erinnerungen und Dokumente. Hg. von GOLO MANN und ANDREAS BURCKHARDT. Stuttgart, Klett, 1968. 692 S., 1 Abb.

Nach rund 50 Jahren war es angebracht, die Ereignisse um die Beendigung des deutschen Kaiserreiches aus genügend zeitlichem Abstand neu zu überprüfen. *Prinz Max von Baden* hatte nur über einen Monat, vom 3. Oktober bis zum 9. November 1918, als Reichskanzler die Geschicke Deutschlands geleitet. Zwischen den Antipoden Monarchie und Arbeiterregierung war dem gemäßigten Prinzen eine Rolle zugefallen, die er vielleicht bei zeitiger Übernahme der Reichsverweserschaft noch geraume Zeit länger hätte erfüllen können.